Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren

Stellungnahme der Betriebsleitung in der Betriebsausschuss-Sitzung am 28. Februar 2017

Das Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren, schon der Name verniedlicht ein Verfahren, das seinerzeit ausschließlich zur Steuerminimierung verwendet wurde.

Da stellt sich einem verständigen Bürger schon berechtigterweise die Frage, warum eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes, die auf Steuereinnahmen angewiesen ist, Verfahren kopieren muss, die eben auf Minimierung dieser Steuern ausgerichtet sind.

Im Gegensatz zum Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren bei Kapitalgesellschaften, in denen tatsächlich Kapital durch Gesellschafter eingebracht wurde und lediglich die Gewinne daraus ausgeschüttet und wieder eingebracht werden sollten, sollennunmehr durch das von der Kämmerei und der Bürgermeisterin vorgeschlagene Verfahren aufgelaufene Gewinne ausgeschüttet werden, für die seitens der Stadt überhaupt keine eigenen Mittel eingebracht wurden.

Darum sage ich: wir reden hier nicht über ein Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren sondern über ein „ich nehme mir was und geb es dir als mein Eigentum zurück“.

Alle Beteiligten in der Stadt Billerbeck sind sich einig darin, dass durch den städtischen Haushalt niemals eigene Mittel in den Abwasserbetrieb eingeflossen sind.

Entstandene Gewinne sind systembedingt aufgrund der Auflösung von Drittmitteln und damit von Mitteln des Gebührenzahlers zur Stärkung des Eigenkapitals im Abwasserbetrieb aufgelaufen.

Was ist das für ein Selbstverständnis, das nunmehr durch ein – zwar zulässiges – aber doch zwielichtiges Verfahren dem Gebührenzahler einerseits Kapital entzogen und ihm andererseits dieses Kapital wieder zurückgegeben werden soll, jedoch mit dem Zusatz „jetzt ist es meines.“ ?

Wozu ist dies nötig, wo doch die Stadt Billerbeck mit ausreichender Ausgleichsrücklage in den 1. NKF-Haushalt 2008 gestartet war und diese Ausgleichsrücklage bis heute noch in der Höhe von **4.165.093 €** vorhanden ist?

Wozu wird eine weitere Ausgleichsrücklage über die schon vorhandene Ausgleichsrücklage hinaus benötigt?

Warum soll weiterer Spielraum geschaffen werden, wo doch offensichtlich der vorgegebene Spielraum durch die Ausgleichsrücklage bewusst begrenzt sein sollte?

Letztendlich stellt sich doch die Frage, warum sollen strukturelle Defizite des allgemeinen Haushaltes länger verschleiert werden als sie eigentlich verschleiert werden dürften?

Diese Frage müssen Sie sich als Ratsmitglieder beantworten, wenn sie ganz bewusst durch das Umdeklarieren von Gebühren- und Beitragsgeldern den allgemeinen Haushalt schön rechnen lassen.

Als Betriebsleiter des Abwasserbetriebes habe ich die Interessen des Abwasserbetriebes zu vertreten. Hierbei habe ich immer wieder in den letzten Monaten darauf hingewiesen, dass zunächst mit dem vorgeschlagenen Verfahren keine Gebührensteigerungen verbunden sind. Es ist deswegen für mich nur schwer nachvollziehbar, warum diese Aussage, die von Niemandem bestritten wird, inzwischen schriftlich bestätigt wurde durch den Städte- und Gemeindebund, der Gemeindeprüfungsanstalt, dem Wirtschaftsprüfer und der Kämmerei.

Vielmehr hätte ich mir die Beantwortung der Frage gewünscht, ob mit dem angestrebten Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren auch sicher ausgeschlossen werden kann, dass zukünftige Gebührensteigerungen aufgrund der Verzinsung des dann städtischen Kapitals ausgeschlossen werden können.

Trotz vielfacher Anforderungen weiterer Stellungnahmen durch die Kämmerei konnte diese Frage nicht beantwortet werden.

Jedoch konnte durch den Städte- und Gemeindebund ein wichtiger Hinweis darüber hinaus erbracht werden. Wer kein Kapital aus allgemeinen Haushaltsmitteln beisteuert, der kann auch keine Verzinsung erwarten. Was passiert aber, wenn genau das ausgewiesen wird, wenn aus Eigenkapital des Abwasserbetriebes eingebrachtes Kapital der Stadt gemacht wird?

Wird dann später dieses Kapital verzinst werden müssen, der Gebührenzahler also nochmal für sein aufgewandtes Kapital zahlen müssen?

Ich stehe jedenfalls auf dem Standpunkt „wehret den Anfängen“ und kann Ihnen nur empfehlen, auf das Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren zu verzichten und dies auch zukünftig zu tun.

Der Rat der Stadt Billerbeck hat sich vor 25 Jahren entschieden, Wahrheit und Klarheit mit der Ausgliederung des Abwasserbetriebes für die kostenrechnende Einrichtung Abwasserbeseitigung und damit für den Gebührenzahler auszuweisen.

Diesen Weg sollten Sie nicht verlassen, denn er war nachweislich sehr erfolgreich.